



Wie gewonnen, so zerronnen...

In der Stadt Bern zeigen sich die ersten Konsequenzen des Linksrutsches der Wahlen 2016. Es werden die Ersparnisse verbraucht und neue Schulden angehäuft. Opposition tut not.

**Autor: Dr. Christoph Zimmerli,
Stadtratspräsident (FDP)
Mitglied des Leitenden Ausschusses
Gewerbeverband KMU Stadt Bern**



Der Finanzhaushalt der Stadt Bern hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Nachdem bis 2009 Bilanzfehlbeträge angehäuft wurden, erwirtschaftete die Stadt Bern seit 2010 einen Bilanzüberschuss von gut 100 Millionen Franken. In den Jahren 2014 bis 2016 konnten nicht nur die Eigenkapitalbasis gestärkt sondern auch neue Spezialfinanzierungen von insgesamt 137 Millionen Franken aufgetan werden.

Schliesslich ermöglichten die positiven Rechnungsergebnisse auch, den grossen Sanierungsstau bei den städtischen Liegenschaften (insbesondere bei Schulhäusern und Sportanlagen, aber auch beim Stadttheater) zu lösen und die immer noch enorm hohen Schulden von gut 2 Milliarden Franken etwas abzubauen.

Diese finanzpolitischen Erfolge sind hauptsächlich vier Faktoren zu verdanken: erstens den treuen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die trotz einer im schweizweiten Vergleich enorm hohen Belastung mit Steuern und Gebühren, ihre Abgaben pünktlich und vollständig abliefern; zweitens den neuen Steuerzahlenden, die in den letzten Jahren dank verstärkter Bautätigkeit in der Stadt auch von attraktivem Wohnraum zugezogen sind; drittens einer mehr oder minder eingehaltenen Budgetdisziplin und viertens fähigen und innovativen bürgerlichen Finanzdirektoren.

Offensive Ausgabenpolitik

Seit den Wahlen 2016 sind die finanzpolitischen Tugenden vergessen. Die politischen Prioritäten haben unter rot-grüner Führung geändert, und es wird kräftig Geld ausgegeben. Der neue «SP-Seckelmeister» sieht seine Aufgabe offenbar darin, die rot-grüne Wunschliste zu erfüllen.

Es werden laufend neue Aufgaben entwickelt, neue Stellen geschaffen und Wohnraum für Leute gesucht, die keine Steuern bezahlen. Obwohl

die Motion Gubser aus dem Jahr 2011 eine moderate Steuersenkung spätestens zwei Jahre nach Erreichen eines Eigenkapitals von 100 Millionen Franken verlangt, wurde diese Motion nun von Rot-Grün abgeschrieben. Sie sei nicht erfüllbar, weil in den nächsten Jahren hohe Investitionen anstünden. Bei einem Haushalt von 1.25 Milliarden Franken ist also eine Steuersenkung um 10 bis 25 Millionen Franken nicht verkraftbar, weil über das separate Investitionsbudget pro Jahr rund 150 Millionen Franken investiert werden müssen; das ist rot-grüne Logik. Die Steuerzahlenden werden also für ihre Treue nicht belohnt.

Belohnt werden öffentlich Angestellte, durch Lohnerhöhungen und hohe Zuschüsse in die Pensionskasse sowie durch die Schaffung neuer Stellen. Belohnt werden auch Nahestehende, etwa durch die Finanzierung von nahestehenden Institutionen oder Veranstaltungen. Die Budgetdisziplin wird durch eine offensive Ausgabenpolitik abgelöst. So budgetiert der Gemeinderat für 2018 einen Mehraufwand von gut 30 Millionen Franken und neue Schulden von 50 Millionen Franken. Der Stadtrat hat in der Budgetdebatte 2018 noch zusätzliche Ausgaben beschlossen, so dass dem Stimmvolk am 26. November 2017 ein Budget mit einem Defizit von 1 Million Franken und einer Neuverschuldung von 50 Millionen Franken präsentiert wird.

Besorgniserregende Finanzperspektiven

Das tönt an sich nicht dramatisch. Trotzdem ist dieser negativen Entwicklung frühzeitig der Riegel zu schieben. Besorgniserregend ist nämlich der Ausblick: In den nächsten Jahren sind abermals neue Stellen und neue Aufgaben der Verwaltung sowie überdurchschnittlich hohe Investitionen geplant.

Der Finanzplan 2018 bis 2020 sieht bei unverändert hoher Steueranlage von 1.54 jährliche Defizite von bis zu 38 Millionen Franken vor. Gleichzeitig sollen pro Jahr rund 150 Millionen Franken investiert werden, obwohl

der Selbstfinanzierungsgrad keine 50% beträgt und folglich laufend neue Schulden angehäuft werden.

Opposition tut not

Damit sich die Stadt Bern nicht bald in einer finanziellen Katastrophe wie um 2000 wiederfindet, müssen die folgenden Massnahmen ergriffen werden:

- Das Budget 2018 ist abzulehnen, und zwar nicht zaghaft und pro forma wie in den Vorjahren sondern laut und deutlich.
- Budgetdisziplin ist einzufordern. Der Stellenetat ist zu plafonieren und neue Aufgaben dürfen nur bewilligt werden, wenn die dafür nötigen Kosten bei bisherigen Aufgaben gestrichen werden.
- Die Forderung nach Steuer- und Gebührensenkung ist neu zu lancieren, bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Es darf nicht vergessen werden, dass wir in Bern mindestens 15-20% mehr Steuern zahlen als der Schweizer Durchschnitt.
- Ab 2021 muss ein Bürgerlicher Finanzdirektor der Stadt Bern sein. Die heutige Situation verschulden die Bürgerlichen in der Stadt Bern weitgehend selber. Auf einer gemeinsamen Liste SVP/FDP/BDP/CVP wäre der bisherige Gemeinderat Alexandre Schmidt wiedergewählt worden, und das Budget 2018 und die Jahresrechnung 2017 sähen anders aus.
- Die Kostenverlagerung vom Kanton auf die Gemeinden ist zu stoppen, und die Transferzahlungen sind zu überprüfen. Die Stadt Bern ist Nettozahlerin im Finanzausgleich und zahlt 2018 7.5 Millionen Franken höhere Ausgleichsleistungen an den Kanton im Rahmen des innerkantonalen Finanzausgleichs. ■